

Das Ministerium für Wahrheit informiert



Berliner Verwaltungsangestellte begrüßen aufs Allerbegeistertste die weise Entscheidung der großen grünen Führer*/:_Innen, den Zwang zu Neusprech einzuführen.

Das Ministerium für Wahrheit, auch bekannt als Berliner Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne), [informiert](#): Beschäftigte mit Verwaltungshintergrund [nutzen ab sofort Neusprech](#).

„Ausländer“ sind jetzt „Einwohnende ohne deutsche Staatsbürgerschaft“. „Illegale Einwanderer“ gibt es nicht mehr, sondern nur noch „undokumentierte Migrantinnen und Migranten“. Auch „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind nicht mehr vorgesehen. Allgemein soll in der Verwaltung und in der Politik von „Arbeitseinwanderung“ gesprochen werden. Und sogar der bisher als politisch korrekt geltende Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird ersetzt durch „Menschen mit internationaler Geschichte“.

Das Adjektiv „schwarz“ darf weiterhin verwendet werden, „farbig“ oder „dunkelhäutig“ aber nicht. „Schwarz fahren“ und „anschwärzen“ soll durch „Fahren ohne gültigen Fahrschein“ und „denunzieren“ ersetzt werden. (...) Falsch ist es jetzt auch zu

sagen: „Sie fühlt sich als Junge“. Richtig: „Sie ist ein Junge“. Nicht mehr gesagt werden soll: „Sie war früher ein Mann.“ Stattdessen: „Sie wurde bei der Geburt männlich eingeordnet.“

Die Partei „Die Linke“ macht offenbar mit. Mir wird das langsam unheimlich. Ich habe versucht mir vorzustellen, was in den Köpfen vorgeht, die so etwas beschließen. Offenbar fehlt mir die Fantasie für das Absurde.